



Neue EU-Energieeffizienz-Richtlinie: Grüne im EU-Parlament sehen im Kommissionsvorschlag Lücken

Zur Erreichung des Ziels der Steigerung der Energieeffizienz um 20% bis 2020 hat die EU-Kommission ein neues [Maßnahmenpaket](#) vorgeschlagen. Der neue Richtlinienvorschlag sieht einfache, aber ehrgeizige Maßnahmen zur Intensivierung der Anstrengungen der EU-Staaten für eine effizientere Energienutzung in sämtlichen Abschnitten der Energiekette - von der Energieumwandlung über die Verteilung bis zum Endverbrauch - vor. In den Jahren 2012/13 sollen noch freiwillige Maßnahmen im Vordergrund stehen, denen sich eine verbindliche Phase ab 2014 anschließen kann, sofern keine befriedigenden Fortschritte erreicht werden. EU-Abgeordneter Turmes, energiepolitischer Sprecher der Grünen im EU-Parlament aus Luxemburg, kritisiert u.a., dass die Einsparziele nicht verbindlich seien. EU-Energiekommissar Oettinger habe verpasst, ein deutliches Zeichen für Klima- und Ressourcenschutz und damit Innovation zu setzen. Turmes sieht u.a. das EU-Parlament gefordert, die Schwächen und Schlupflöcher des Richtlinienentwurfs nachzubessern.

EU-Energiekommissar Oettinger startet [„Smart Cities and Communities Initiative“](#)

Ziel des 80 Mio. € schweren Programmes „energieeffiziente Städte für morgen“ ist es, die Einbindung intelligenter Energietechnologien in Städten anhand von Pilotprojekten zu demonstrieren, nicht zuletzt um bedeutende neue Märkte für die europäische Wirtschaft zu erschließen. Städte nehmen eine Schlüsselrolle beim EU-Ziel einer 20%igen Energieeinsparung bis 2020 und bei der Entwicklung hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft bis 2050 ein, weil 70% des EU-Energieverbrauchs in Städten stattfindet.

[EU-Hilfe für Industrie zur schnelleren Herbeiführung der Kohlenstoffeffizienz](#)

Um treibhausgasintensive Unternehmen bei der Reduzierung ihrer Emissionshandelskosten zu unterstützen, hat die Kommission im Rahmen der Initiative für eine CO₂-arme, nachhaltige Wirtschaft eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen auf den Weg gebracht. Mit branchenspezifischen Industrieprojekten soll nach innovativen Maßnahmen zur Reduzierung der Kohlenstoffintensität gesucht werden. Frist für die Einreichung von Vorschlägen für 2011: 30. August 2011. Zwei weitere Projektausschreibungen sollen 2012 bzw. 2013 veröffentlicht werden.

Stresstests für 143 AKW in EU angelaufen

Seit 1. Juni werden alle 143 AKW in der EU daraufhin untersucht, wie sie gegen Naturkatastrophen oder von Menschen ausgelöste Un- und Störfälle gesichert sind. Die Kommission und die europäischen Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit haben sich auf Kriterien und Ablauf der „Stresstests“ geeinigt. Deren Ergebnisse sollen spätestens Ende April 2012 veröffentlicht werden. Untersucht werden auch mögliche Folgen von Flugzeugabstürzen oder Öltankerexplosionen in AKW-nähe, egal ob es sich dabei um Unfälle oder terroristische Angriffe handelt. Welche Vorsorge die EU-Staaten allerdings gegen Terrorangriffe treffen, soll nicht im Rahmen der Tests geprüft, sondern von einer separaten Arbeitsgruppe behandelt werden. Deren Erkenntnisse bleiben aus Sicherheitsgründen unter Verschluss. Bei den Stresstests wird u.a. die Widerstandsfähigkeit gegen Erdbeben (von größerer Stärke als bisher berücksichtigt), Überflutungen, extreme Hitze und Kälte, Schnee, Eis, Stürme, Tornados, Starkregen oder tagelange komplette Stromausfälle untersucht. Die Kommission will auch EU-Nachbarn zu ähnlichen Tests bewegen.



Die Stresstests erfolgen in drei Phasen: einer Vorabprüfung durch den Kraftwerksbetreiber, einem Bericht der nationalen Regulierungsbehörden sowie einer Überprüfung durch internationale Expertenteams.



[EU-Parlament verabschiedet Entschießung zu radioaktiven Abfällen](#)

"Mitgliedstaaten sind nun aufgefordert, verantwortungsvolle Lagerstätten zu schaffen", so SPD-EU-Abgeordneter Lange zu der neuen Stellungnahme des EU-Parlaments zur anstehenden Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten über die Entsorgung radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente. So fordern die Abgeordneten die Mitgliedstaaten auf, für die Rückholbarkeit von gelagertem Atommüll zu sorgen. Ebenso sprachen sich die Abgeordneten dafür aus, dass die Erzeuger radioaktiver Abfälle für die Entsorgung von Atommüll auch finanziell verantwortlich gemacht werden müssen. Weiter ist der Export von Atommüll in Drittstaaten außerhalb der EU zu verbieten.

Klimaschutz: EU-Parlamentarier fordern Reduktion der CO₂-Emissionen um 30%

Noch dieses Jahr soll sich die EU zu einer Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen um 30% (gegenüber 1990) bis zum Jahr 2020 bekennen, anstatt 20%, so eine [Resolution](#) des Umweltausschuss.



EUROPEAN
COMMISSION



Nutzung natürlicher Ressourcen: Nachhaltiges Wirtschaften gefordert

Die Kommission und das UN-Umweltprogramm haben zu einem Umdenken bei der Nutzung natürlicher Ressourcen aufgerufen. Ein am 26. Mai vorgestellter erster [Bericht](#) zeigt ein riesiges Potenzial insbesondere beim Recycling von Metallen. Die Kommission wird nun in Kürze ihren „Fahrplan hin zu einem ressourceneffizienten Europa“ fertig stellen.

Rio+20-Konferenz: Machen Sie sich schlau und bringen Sie sich ein ... -

Kommission legt politische Leitlinien vor

Die [Mitteilung](#) der Kommission umreißt Zielsetzungen und Maßnahmen für eine umweltverträgliche, Armut verringende Wirtschaft und die Verbesserung des internationalen institutionellen Rahmens. Sie legt den Grundstein für den weiteren Dialog zwischen Kommission, Rat und Parlament, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Mitgliedstaaten im Vorfeld von Rio+20. Die EU muss der UN bis 1. November 2011 eine konsolidierte Position vorlegen. Die Mitteilung umfasst folgende Kernthemen: 1) Investition in Schlüsselressourcen und Naturkapital: Wasser, erneuerbare Energien, Meeresressourcen, biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen, nachhaltige Landwirtschaft, Wälder, Abfall und Recycling. Diese Bereiche bilden den Grundstock der Existenzsicherung und tragen dazu bei, Armut zu lindern. 2) Verbindung von marktwirtschaftlichen und rechtlichen Instrumenten: Öko-Steuern, Abschaffung umweltschädlicher Subventionen, Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel, Investitionen in Qualifikation und „grüne“ Arbeitsplätze. Entwicklung von Indikatoren, die ein umfassenderes Bild des (ökologischen und sozialen) Fortschritts vermitteln und das BIP ergänzen. 3) Verbessertes Regierungshandeln und engere Einbindung des Privatsektors: Stärkung und Vereinheitlichung bestehender internationaler Strukturen (z.B. durch Aufwertung des UN-Umweltprogramms). Des Weiteren die unerlässliche Beteiligung und das Engagement von Unternehmen und Zivilgesellschaft.

EU-Parlament nimmt Bericht zu Indikatoren des Wohlstands und Fortschritts an

In dem Bericht zur Kommissionsmitteilung „[Das BIP und mehr - Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel](#)“ fordert das Parlament die Ausarbeitung zusätzlicher Indikatoren zur Messung des mittel- und langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

Umweltökonomische Gesamtrechnung: Nachhaltige Entwicklung „messen“

Die EU-Staaten werden ab 2012 über "Umweltökonomische Gesamtrechnungen" an Eurostat Luftemissionen, Materialflüsse und erhobene Umweltsteuern berichten. Die Berichtspflicht kann auf weitere umweltbezogene Statistiken ausgedehnt werden.

EU-Parlament: Initiativbericht zum Grünbuch der Kommission „Waldschutz und Waldinformation: Vorbereitung der Wälder auf den Klimawandel“

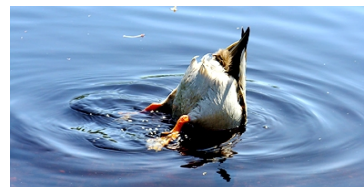
Berichterstatteur Arsensis (Grieche) stellte den [Berichtsentwurf](#) für ein mögliches Weißbuch der Kommission vor; darin fordert er neue Regelungen, die ggf. konkrete Verordnungsvorschläge enthalten. Arsensis spricht sich u.a. für einen ausreichenden Schutz gegen Waldbrandgefahr sowie die Notwendigkeit eines Wald-Monitoring aus. Aus Kommissionsicht beschreibt das Grünbuch die sozioökonomischen und ökologischen Funktionen der Wälder und legt das Augenmerk auf neue Herausforderungen durch den Klimawandel. Von Seiten der Kommission wird betont, dass die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und das Subsidiaritätsprinzip gewahrt werde.

Eurostat: Daten zu Wald und Holz in EU

2011 ist das Internationale Jahr der Wälder. Eurostat veröffentlichte nun Daten für das Jahr 2010. Rund 40% der Landfläche der EU 27 sind von Wäldern bedeckt, was ca. 4% der weltweiten Waldfläche entspricht. In Deutschland sind rund 31% der Fläche mit Wäldern und sonstigen Baumarten bedeckt.

Neu: Karten zu Luftverschmutzung

Neue Karten, die die Kommission und die EU-Umweltagentur veröffentlicht haben, zeigen, wo und in welchem Maß sogenannte diffuse Quellen wie der Straßen- und Luftverkehr oder die Landwirtschaft für die Freisetzung zum Beispiel von Feinstaub verantwortlich sind. Bisher galt dies nur für Punktquellen, also einzelne Industrieanlagen. Die 32 Karten sind im Netz.



Bericht über die Qualität der EU-Badegewässer: gute Noten für Deutschland

In dem jährlichen Bericht der Kommission und der EU-Umweltagentur stehen Deutschlands Badegewässer in Sachen Sauberkeit und Hygiene im EU-Vergleich weiterhin gut da: 97,2% der Flüsse und Seen (1,2% weniger als im Vorjahr) erfüllen hierzulande die erforderlichen Mindeststandards.

Ticker +++ EU-Ticker +++ EU-Ticker +++ EU

Erhalt der Artenvielfalt: Die Kommission hat die Nachfolgestrategie der sog. Biodiversitätsstrategie, die bis 2010 lief, vorgelegt. -- **stopp** -- **RegioStar Awards 2012:** Bewerbungsfrist läuft! Kommunen und private Träger können sich bis 15. Juli 2011 bei den RegioStar-Awards 2012 bewerben. Die Kommission zeichnet besonders innovative Regionalprojekte aus, die von der EU gefördert werden. -- **stopp** -- Kommission sucht „[European Green Capitale 2014](#)“ - Bewerbungsfrist endet am 14. Oktober 2011; eine internationale Jury wird im Juni 2012 den Gewinner für den Preis 2014 bekannt geben. -- **stopp** -- Zukunft des EU-Umweltprogramms „LIFE+“: Das aktuelle EU-Programm „LIFE+“ endet 2013. Die [Ergebnisse der Konsultation](#) zu dem speziellen Umweltschutzförderprogramm wurden nun vorgestellt und werden wohl auch in die Diskussion um den mehrjährigen Finanzrahmen einfließen. Ende 2011 soll ein Kommissionsvorschlag für ein neues Finanzierungsinstrument zum Umwelt- und Klimaschutz kommen.